

Antrag

**der Abgeordneten Dirk Nockemann, Dr. Alexander Wolf, Detlef Ehlebracht,
Andrea Oelschläger, Harald Feineis und Peter Lorkowski (AfD)**

Einzelplan 8.1

Betr.: Zusätzliche Mittel zur Vergütung von Mehrarbeit bei der Polizei

Noch immer leidet das Personal der Polizei Hamburg unter der Belastung von Mehrarbeit. Insbesondere die Schutzpolizei sowie das Landeskriminalamt gelten gegenwärtig als stark betroffen.¹ Obwohl dieses Problem seit Jahren besteht, ist es bisher nicht gelungen, eine nachhaltige Lösung zu finden. Stattdessen bewirken regelmäßige Großveranstaltungen in der Stadt sowie in anderen Bundesländern, dass Hamburger Polizisten fortwährend Überstunden leisten müssen. Da eine nachhaltige Entlastung des Personals unter diesen Bedingungen unmöglich ist, hatte die Polizei im Januar 2017 insgesamt 1.076.018 Mehrarbeitsstunden angehäuft.² Um deren Anzahl zu reduzieren, erhielten die Betroffenen entweder eine finanzielle Vergütung oder den begehrteren Freizeitausgleich. Die Abwicklung dieser Kompensationen war dringend erforderlich und sollte durch die Schaffung einer eigenen Arbeitsgruppe erleichtert werden. Der von ihr in Zusammenarbeit mit dem Personalrat (PR) entwickelte Dienstplan wurde allerdings erst am 29. August 2018 vom Polizeipräsidenten unterzeichnet³, weshalb es zunächst nur gelang, das Volumen ausstehender Überstunden im ersten Quartal 2017 um 3,8 Prozent zu reduzieren, wozu insgesamt 563.448 Euro ausgezahlt wurden.⁴

Dieser Trend war jedoch nicht von Dauer, sondern schlug wenig später in eine signifikante Akkumulation um: Infolge des G20-Gipfels sowie weiterer Großveranstaltungen erreichte die von Hamburger Polizisten geleistete Mehrarbeit rasch ein neues Volumen, das bis September 2017 auf 1.354.329 Stunden anwuchs. Obwohl die Polizei zuvor bereits 662.195 Euro an betroffene Mitarbeiter ausgezahlt hatte, konnten lediglich 30.562 Stunden beziehungsweise 2,25 Prozent der Gesamtlast bewältigt werden.⁵ Unter diesen Bedingungen machte sich in der Folgezeit erst allmählich eine moderate Entspannung der Lage bemerkbar. War es gelungen, die Anzahl ausstehender Überstunden bis März 2018 auf 1.020.737 zu verringern, wurde bis September 2018 eine zusätzliche Reduktion auf 1.008.659 erreicht.⁶

Diese Entwicklung ist richtig und gut. Nichtsdestoweniger kann man im Rückblick feststellen, dass die ihr zugrunde liegenden Maßnahmen allein nicht ausreichen, um die Last noch immer offener Überstunden zu tilgen. Zwischen Januar 2017 und September 2018 konnte ihr Volumen etwa nur um 5,1 Prozent reduziert werden. Dabei handelt es sich um einen Erfolg, für den die Polizei insgesamt 10.200.150 Euro an Mitarbeiter ausgezahlt hat. Die Notwendigkeit, aus Mehrarbeit resultierende Belastungen

1 Confer Drs. 21/14806. Seite 1.

2 Confer Drs. 21/8864. Seite 1.

3 Confer Drs. 21/14806. Seite 2.

4 Confer ibidem.

5 Confer Drs. 21/10704. Seite 2.

6 Drs. 21/14806. Seite 2.

zu lindern, ergibt sich auch aus den negativen Folgen, die dauerhafter Stress im Beruf für die Gesundheit hat. Längst ist erwiesen, dass sich Vollzeitbeschäftigte, die aufgrund von Überstunden mehr als 40 Wochenstunden arbeiten, öfter krank fühlen als Kollegen mit regulärer Arbeitszeit.⁷

Die Bürgerschaft möge beschließen,

1. die Produktgruppen 275.04, 275.11, 275.12 und weitere um 2 Millionen Euro zusätzlich pro Jahr aufzustocken und
2. diesen Betrag bereitzustellen aus der Produktgruppe 269.04 „Zentrale Produktgruppe Verkehr und Straßenwesen“, in welcher unter Investitionen des Aufgabenbereichs 269 unter öffentliche Straßeninfrastruktur noch Ausgaben für Busbeschleunigungsprogramme versteckt sind.

⁷ Confer Arbeitszeitreport 2016. Herausgegeben von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin. Seite 37.